

# Calmer Gaabblatt

Nr. 23.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verlagspreis: Einmal monatlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. Reklamen 2.—. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Druckort: Calw.

Samstag, den 29. Januar 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zentrallohn Wit. 12,00 vierteljährlich. Postbezugspreis Wit. 12,90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Die Pariser Konferenz.

### Die wahrfinnigen Reparationsforderungen.

Paris, 29. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas berichtet über die gestrige Vormittags-Sitzung des Ausschusses, dem die Aufgabe zufällt, einen Entwurf über das Reparationsproblem auszuarbeiten. Die um 11 Uhr eröffnete Sitzung dauerte 2 1/2 Stunden. Von den französischen und belgischen Delegierten wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Nach einer langen Erörterung schien man endlich als Verhandlungsbasis das folgende Zahlungssystem festgesetzt zu haben: Deutschland soll 42 Jahreszahlungen leisten, die in den ersten 5 Jahren drei Milliarden Goldmark betragen, in den darauffolgenden 5 Jahren aber sechs Milliarden Goldmark. Das sind die Finanzmaßnahmen des Abkommens von Boulogne. Außerdem (1) soll von Deutschland die Zahlung von Annuitäten verlangt werden, die sich nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnen, indem ihm eine Steuer auf seine Ausfuhr in Höhe von 10 bis 15 Prozent auferlegt wird. Diese Steuer soll von der Reparationskommission erhoben werden. Dieser Vorschlag geht von dem belgischen Delegierten in der Reparationskommission, Delacroix, aus. Um Deutschland zu einer rascheren Regelung seiner Schulden zu veranlassen, können ihm für Vorauszahlungen bis zu 8 Prozent Diskont bewilligt werden. Der Ausschuss habe berechnet, daß das aufgestellte System 100 bis 150 Milliarden Goldmark erziele, anstelle von 65 Milliarden Goldmark, die das Abkommen von Boulogne vorsieht. Die englischen Delegierten hätten, da Lord Aberdeen gesagt habe, der Plan stelle einen Fortschritt dar, den Entwurf mit Sympathie aufgenommen. Sie hätten sich ihre Entschiedenheit vorbehalten, bis sie Lloyd George Bericht erstattet hätten, weil das vorgeschlagene System einen Zusatz zu dem Abkommen von Boulogne darstelle. Der Ausschuss habe sich alsdann bis 14 Uhr nachmittags verlagert. Die Nachmittags-Sitzung ist nicht pünktlich eröffnet worden. Ministerpräsident Briand hatte vorher eine Unterredung mit Lloyd George und Lord Curzon. Erst nach 4 Uhr ist Briand im Quai d'Orsay angekommen und mit ihm die englischen Delegierten. Die Sitzung habe alsdann begonnen. — Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, glaube man nicht, daß die Konferenz gestern noch eine Plenarsitzung abhalten werde.

### Die englisch-französischen Auseinandersetzungen.

Paris, 28. Jan. Ueber den Verlauf der gestrigen Konferenz teilt der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas noch weiter mit: Zunächst kritisierte Lloyd George die gestern von Doumer vorgebrachten Thesen. Er erinnerte daran, daß die alliierten Regierungen sich im Prinzip auf der Boulogner Konferenz im vorigen Juni über das System der deutschen Zahlungen geeinigt hätten und daß dieses System noch bei den Brüsseler Verhandlungen zum Ausgangspunkt gedient habe. Neue Thesen Frankreichs die Grundzüge des Einvernehmens in Frage. Ein solches Vorgehen sei unzulässig. Die Regierungen müßten sich durch die Beschlüsse ihrer Vorgängerinnen gebunden erachten. Der französische Finanzminister hielt seinen in der gestrigen Sitzung dargelegten Standpunkt aufrecht. Briand sprach sich für die Festsetzung von 1 bis 3 Annuitäten aus, die sofort erlangbar seien. Das gesamte Guthaben der Alliierten komme von der Reparationskommission festgesetzt werden, die dann, wenn sich erweise, daß Deutschland die Gesamtschuld nicht bezahlen könne, diese herabsetzen werde. Er glaube nicht, daß das Abkommen von Boulogne einen endgültigen Charakter besäße. Die französische öffentliche Meinung könne sich damit nicht zufrieden geben. Schließlich schlug Briand vor, das Abkommen vom 11. November zu befolgen, das 4 Punkte vorsehe: 1. Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel, 2. eine Konferenz der Alliierten und deutschen Minister, die aber nicht, wie ursprünglich, in Genf, sondern mit der Konferenz für das Orientproblem in London stattfinden soll, 3. Festsetzung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands durch die Reparationskommission, 4. Festsetzung der Strafbestimmungen durch die alliierten Premierminister.

Paris, 28. Jan. Das „Echo de Paris“ berichtet, daß Briand Lloyd George mit einer französischen Ministerkrisis gedroht habe, worauf Lloyd George erklärt habe, das sei ein Grund mehr, um ein für allemal zum Schluß zu kommen. Er habe konkrete Vorschläge gemacht, die im Abkommen von Boulogne enthalten seien. Briand aber habe nichts Positives vorgebracht.

### Ein Stimmungsbild der „Times“.

London, 28. Jan. Ein eingehendes Bild über die Lage in Paris bringt der dortige Berichterstatter der „Times“. Er schreibt: Die Klüftchen der Konferenz haben sich keineswegs gebessert. Die vom französischen Finanzminister vorgebrachte Summe ist weit entfernt von allem, was bisher die Grundlage der alliierten Besprechungen abgeben hat. Der Berichterstatter verzeichnet das gestern in Paris

umlaufende Gerücht, daß Lloyd George Briand gesagt habe, wenn dieser Doumer nicht fallen lasse, dann läte die britische Delegation besser, ihre Koffer zu packen und heimzukehren. Briand und die übrigen französischen Delegierten sind auf keinen Fall der Ansicht Doumer. Wenn die britische Regierung nicht bereit ist, ihre Zustimmung zu Bürgschaften oder etwaigen Zwangsmaßnahmen zu geben, so ist ein ernstes Ueberdenken in der Wiedergutmachungsfrage nicht möglich. Wenn England dagegen bereit ist, gegen die Deutschen Hand in Hand mit Frankreich und den anderen Alliierten zu gehen, so werden wahrscheinlich Zwangsmaßnahmen niemals notwendig werden. Es ist notwendig, eine Wahrung zu erlassen, die sehr ernst genommen werden müßte. Frankreich wolle eher die Durchführung des Friedensvertrags auf eigene Hand erzwingen, als die Wiedergutmachung fallen lassen, die es zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete braucht. In dieser Frage bestche keine Meinungsverschiedenheit zwischen den französischen Staatsmännern, die im Rufe stehen, verständlicher zu sein, als die für weniger nachgiebig gehaltenen Staatsmänner um Poincare.

London, 18. Jan. In einem Leitartikel fordern die „Times“ die in Paris versammelten Staatsmänner unter dem Himmel auf ihren Patriotismus auf, die Konferenz, die Deutschland bisher nur ein Spiel der Uneinigkeit gegeben habe, nicht erfolglos auseinandergehen zu lassen, da die Wirkung zu befürchten sein würde, die Entente nur noch zu einer Fortsetzung zu machen. Das Blatt fährt fort: Die amtlichen Berichte über die Unterredung zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Minister des Äußeren seien der stärkste Beweis dafür, daß für jede Deutschland auferlegte Verpflichtung unbedingte Sanktionen notwendig seien. Deutschland spreche zu den Alliierten wie Trochly und seine Freunde in Brüssel-Briand versucht haben, mit Deutschland zu sprechen.

### Der Betrug von Paris.

Berlin, 29. Jan. In einem neuen Buche des englischen Volkswirtschaftlers Keynes, das soeben in Deutschland erschienen ist, wird der Versailler Vertrag „der Betrug von Paris“ genannt und eine grundlegende Revision des Vertrags gefordert. Durch die Aufstellung der Forderungen, deren Ausführung unmöglich sei, mache der Vertrag sich lächerlich. Praktisch habe er nichts in Ordnung gebracht. Keynes kommt zu dem Schluß, daß es keine vernünftige Wahrscheinlichkeit dafür gibt, daß Deutschland jährlich mehr als zwei Milliarden Goldmark bezahlen kann. An den in einem kurzen Auszug wiedergegebenen Inhalt des neuen Buches von Keynes knüpft der „Vorwärts“ die Bemerkung, daß der neueste Vorschlag der Pariser Unterkommission, der Jahreszahlungen von drei bis sieben Milliarden Goldmark vorsehe, eine glänzende Bestätigung der von dem englischen Volkswirtschaftler geübten Kritik an dem chauvinistischen Wirtschaftsbürokratismus von Paris sei.

Berlin, 29. Jan. Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet den neuen Reparationsplan als eine Phantastie ins Blaue hinein. Deutschland werde weder sechs Milliarden Goldmark noch drei Milliarden jährlich zahlen, weil es solche Summen gar nicht zahlen könne.

### Ein kritisches Stadium?

London, 29. Jan. Die gestrigen Abendblätter melden, daß die Beratungen auf der Pariser Konferenz ein kritisches Stadium erreicht hätten. Sie bringen an hervorragender Stelle Lloyd Georges Erklärungen gegenüber englischen und amerikanischen Journalisten. — „Ball Ball Gazette“ schreibt, in Kreisen, die mit den Ereignissen in enger Fühlung stehen, verlautet, daß Lloyd George augenblicklich eine der heftigsten Schlägen seines Lebens schlage. Die Ansichten der Franzosen und Engländer gingen in vielen vitalen Fragen, insbesondere der Entwaffnungs- und der Reparationsfrage, soweit auseinander, daß ein Ausgleich äußerst schwierig sei. Außerhalb der Konferenz werde die Möglichkeit, daß Frankreich eine drastische Aktion gegen Deutschland ohne Billigung der Alliierten ergreife, offen erörtert. Im Zusammenhang damit wird insbesondere das Ruhrgebiet erwähnt. Von bestunterrichteter Seite verlautet, daß, wenn Frankreich beschließen sollte, in Deutschland vorzurücken, es dies auf eigene Verantwortung tun werde, ohne Sanktion und Billigung Englands. In dieser Frage sei Lloyd George fest. — „Westminster Gazette“ schreibt, die Hauptschwierigkeit in Paris sei der Konflikt zwischen Wirtschaft und Politik. Auf die Dauer müsse die Politik harten wirtschaftlichen Tatsachen weichen. Das Blatt weist darauf hin, daß sowohl Briand als auch Lloyd George mit Parlamenten regieren müßten, welche zur Erreichung großer Entschädigungen gewillt und verpflichtet seien. Dies schwäche die Stellung Lloyd Georges, der sich in einem augenblicklichen Konflikt mit dem offiziellen französischen Standpunkt befinde. — „Evening Standard“ erzählt von maßgebender Seite, während eine Entscheidung in der Frage der von Deutschland an die Alliierten zu entrichtenden Jahreszahlungen wahrscheinlich erreicht werden würde, dürfte die gesamte Reparationssumme nicht festgesetzt werden. In diesem Fall werde die Angelegenheit der Brüsseler Konferenz übertragen werden. Man erwarte,

daß die Pariser Konferenz morgen zu Ende gehen werde. — So schlimm wird es mit den englisch-französischen Gegensätzen nicht sein.

### Eine andere Auffassung.

Paris, 29. Jan. Der Vertreter der Agence Havas glaubt versichern zu können, daß im allgemeinen gestern Vormittag der Eindruck ein günstigerer gewesen sei als vorgestern und daß man jetzt annehme, daß die Konferenz am Sonntag zu Ende gehen werde. Auch nehme man an, daß die Frage der Entwaffnung und der Entschädigung noch völlig geklärt werde.

## Amerika und Japan.

### Die japanisch-amerikanischen Heiberelen.

Paris, 28. Jan. Nach einer vom „Homme Libre“ ausgegebenen Meldung aus Washington werden die Vereinigten Staaten gegen die japanische Kontrolle über die ehemaligen deutschen Kabel im Stillen Ozean protestieren. Japan erklärte demgegenüber, Amerika habe nicht rechtzeitig Einspruch erhoben.

Paris, 28. Jan. Wie Havas aus Tokio meldet, erklärte der japanische Kriegsminister im Repräsentantenhaus, Japan sei berechtigt, Wladivostok zu verwalten. Diese Aufgabe sei ihm vom Konsularkorps der Stadt übertragen worden.

Washington, 28. Jan. Staatssekretär Cogh hat die Erklärung abgegeben, daß das Staatsdepartement die zwischen dem japanischen Botschafter in den Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Botschafter in Japan getroffenen Abmachungen bezüglich der japanischen Siedlungsfrage und die Rechte der japanischen Bürger in den Vereinigten Staaten nicht gut heißen wird, bis der Senat und die anderen interessierten Körperschaften die Möglichkeit gehabt hätten, ihre Einwände dagegen vorzubringen.

### Der kriegslustige neue Präsident Amerikas.

Newyork, 28. Jan. Das Marineblatt veröffentlicht ein Schreiben des neuen Präsidenten Harding, in dem es heißt: Die amerikanische Flotte soll eine große Schutzmauer um Amerika in einem künftigen Kriege bilden. In dem vergangenen Krieg seien die Alliierten durch ihre Uebermacht zur See Sieger geblieben. Eine große Flotte ermögliche es, ein Heer über See zu senden, welches sich als notwendig erweisen sollte. Solange eine nationale Verteidigung notwendig sei, müsse die amerikanische Flotte nicht nur in ihrer materiellen Stärke, sondern auch in ihrer Moral und in der Fähigkeit ihrer Offiziere und Mannschaften auf der Höhe bleiben. — Wie sagte doch Wilson: Amerika zieht in den Krieg, um den „Militarismus“ zu zerstören.

## Deutschland.

### Kohlenüberschuß im Saargebiet.

Saarlautern, 28. Jan. Auf den Saargruben werden nach Mitteilungen der französischen Bergverwaltung zunächst am 31. Januar und am 5. und 7. Februar Feierlichkeiten eingeleitet werden, da infolge der Wirtschaftskrise eine Absatzstodung eingetreten ist und die Haldebestände bereits übergroß sind. Die Krise wird als vorübergehend angesehen, da Verhandlungen im Gange sind, um Saarkohlen nach Italien und der Schweiz auszuführen. Auch mit Deutschland sollen Verhandlungen schweben, um auf dem Wege des Austauschs von Ruhrkohle Süddeutschland mit Saarkohle zu versehen.

### Die französische Gewalt Herrschaft im besetzten Gebiet.

Berlin, 28. Jan. Gestern wurde, wie der „Vorwärts“ berichtet, der Vorstand der Zweigstelle der Reichsvermögensverwaltung, Oberregierungsrat Böhm, vom französischen Kriegsgericht zu acht Tagen Gefängnis und 1000 M Geldstrafe verurteilt. Es war Anklage gegen ihn erhoben, weil er der Anforderung der französischen Besatzungsbehörde zur Einrichtung einer Schule für französische Soldatenkinder in Landau nicht nachgekommen war. Oberregierungsrat Böhm mußte diese Anforderung pflichtgemäß ablehnen, da sie im Widerspruch zum Rheinlandsabkommen steht.

### Belgische Justiz im besetzten Gebiet.

Neuß, 27. Jan. Gestern wurde in Neuß vor dem belgischen Kriegsgericht über die gegen die Verurteilung des Landrats Freiherrn v. Büntz-Neuß eingelegte Berufung verhandelt. Die Strafe wurde in der Berufungsinstanz noch verschärft. Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Der Landrat war beschuldigt, mehrfach militärischen Befehlen nicht sofort und widerspruchlos Folge geleistet zu haben.

### Zu dem Ueberfall in Eberbach.

Frankfurt a. M., 27. Jan. In einem Teil der Presse wird bei Besprechung des Ueberfalls in Eberbach durch amerikanische

kräftigen  
rs  
Ankelocker  
geb. Hartmann  
1921.

ad.  
Einladung.  
adung.  
de, Freunde und  
1921 in der

Feier

rol  
geb. Wurster.  
hr.

bsbund E. V.  
abends 8 Uhr  
mlung  
ittet  
der Vorstand.

Jan. und  
Januar

Suppe

„Fas“

ach  
aladet

Wagner.

Spekhardt  
sonntag

Börse

Hundebesitzer.

ender

Märkte des  
Sbarbezirke

Blattes das Sild  
lllich.

Holzbronn.  
hrige

Buchtrinder

dem Verkauf aus

Riethammer, Küfer.

Hier!

in den Spalten  
der kleinen  
Anzeigen findet  
die praktische  
Hausfrau gute  
Gelegenheit  
Überflüssig.  
Hausgerät  
zu ver-  
kaufen!

Landkreis  
Calw

Kreisarchiv Calw

Landkreis  
Calw

Kreisarchiv Calw

Landkreis  
Calw

Kreisarchiv Calw

Landkreis  
Calw

Kreisarchiv Calw

Landkreis  
Calw

Kreisarchiv Calw

Landkreis  
Calw

Militärpolizisten behauptet, die Amerikaner hätten von den deutschen Behörden ausgestellte Ausweise besessen. Wie die „Frankf. Zeitung“ von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Meldung unrichtig. Die Ausweise, die die Amerikaner besaßen, waren ungültig. Weder die deutsche Pass-Stelle noch die Militärpolizei Koblenz, die allein zur Ausstellung von Ausweisen berechtigt sind, haben die Genehmigung zu dieser Reise in das unbesetzte Gebiet erteilt.

### Von der bayerischen Einwohnerwehr.

Berlin, 29. Jan. Wie die „Völkische Zeitung“ aus München meldet, hat der Landesausschuß der bayerischen Einwohnerwehr in seinen Sitzungen die §§ 9 und 10 gestrichen, worin bestimmt war, daß dem bayerischen Landeshauptmann der Einwohnerwehren der Verkehr mit den Wehrkreis-Kommandos und mit den Reichswehrbrigaden obliegt. Damit hört jeder Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr auf.

### Der neue Oberbürgermeister von Berlin.

Berlin, 29. Jan. Wie die „Völkische Zeitung“ aus München meldet, hat der Berliner Rat, nachdem er die Wahl des bisherigen Stadtkämmerers Boß zum Oberbürgermeister von Berlin bestätigt.

### Ein neues Grubenunglück.

Duisburg, 28. Jan. Auf Zeche „Wesend“ in Duisburg-Weidrich erfolgte gestern auf der 6. Sohle ein neuer Grubenbruch, nachdem dort schon am 7. Januar durch Zusammenbruch einer Strecke sechs Bergleute verschüttet worden waren. Die Zahl der verschütteten Bergleute steht noch nicht fest. Wahrscheinlich sind es elf. Die Rettungsarbeiten sind sofort in Angriff genommen worden.

Berlin, 29. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Bochum meldet, konnte gestern auf der Zeche „Wesend“ bei Duisburg mit fünf verschütteten Bergleuten eine Verständigung herbeigeführt werden. Die Rettungsarbeiten sind soweit gediehen, daß man hofft, die fünf Verschütteten noch im Laufe des Abends bergen zu können.

## Reichstag.

### Der Reichswehretat.

Berlin, 28. Jan. Im Reichstag erklärte heute Ministerialdirektor Leivad, daß gegen die Verhaftung und Beurteilung des Landrats von Lünik in Reuß wegen Nichtbefolgung belgischer Befehle Protest eingelegt worden sei, da nach Ansicht der Regierung die deutschen Beamten nicht wertlos zu Werkzeugen der Besatzungsbehörden gemacht werden dürften. Dann wurde die Weiterberatung des Wehretats mit einem kommunistischen Einspruch gegen den Vorschlag des Ausschusses auf dreiviertelstündige Debatte eingeleitet. Im Laufe der weiteren Aussprache erklärte Reichswehrminister Geyer, er halte es für ausgeschlossen, daß die durch den Friedensvertrag ehestens für Deutschland erfolgte Aufhebung der Souveränität in Militärangelegenheiten aufrechterhalten werde. Das uns ausgezwungene Heeresystem sei nicht angemessen. Deutschland brauche ein Militärsystem mit kurzer Dienstzeit. Die Stärke von 100 000 Mann reiche bei weitem nicht aus. Die Reichswehr solle den Bürgerkrieg nicht niederdrücken, sondern verhindern. Die Disziplin habe sich wesentlich gebessert. Der Friedensvertrag müsse loyal durchgeführt werden. Jeder Angriff auf die Verfassung sei ein Verbrechen an Volk und Heer. Durch Dezentralisierung solle die Unterbringung der Heeresangehörigen gebessert werden. Der Minister wandte sich dann, durch Zurufe häufig unterbrochen, gegen Angriffe der Linken. Die linksradikalen Bestrebungen gingen auf Wiedereinrichtung der Soldatenräte und Abhebung der Offiziere. Es sei nicht richtig, daß seine Befehle von den Offizieren nicht befolgt würden. Bei gutem Willen werde es gelingen, die Kluft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. Nachdem in der allgemeinen Aussprache noch die Abgg. Künster (U.S.P.), Haas (Dem.), Däumig (Komm.) und Emminger (D. Sp.) zu Wort gekommen waren, ergab sich, als Präzident Löbe den Etat zur Abstimmung stellte, Beschlussfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung fünf Minuten ausgesetzt wurde. Nach ihrer Wiederaufnahme wurde die Beratung des Wehretats beim Titel Marine fortgesetzt, nachdem ein Beratungsantrag des Abg. Kuhn (U.S.P.) nicht die erforderliche Unterstützung gefunden hatte. Auch bei der Marine hat der Ausschuss verschiedene höhere Offiziersstellen gestrichen und dafür die der unteren vermehrt. In der längeren Debatte, die sich bis in die 10. Abendstunde ausdehnte, erklärte der Reichswehrminister, die Offiziere müßten auf dem Boden der Verfassung stehen oder als ausländische Menschen ihren Abschied nehmen. Einverständnis und Willa seien angesichts der Postrennung Döpreußens zwei wichtige Forderungen. 10 Prozent der Offiziere seien bereits aus dem Mannschaftenstande hervorgegangen. Der Besuch der Offizierschule müsse aber auf mindestens sechs Monate ausgedehnt werden. Der angeforderte kleine Kreuzer sei eine bescheidene Forderung. Der Schaffung einer neuen Flotte stehe der Versäufel Vertrag entgegen. — Nächste Sitzung morgen Mittag 12 Uhr: Wehretat, Rot- und Ergänzungsetat, Interpellationen und Wehrgesetz.

### Wiedereröffnung des württ. Landtags

#### Die Beamtenfrage.

(S.C.B.) Stuttgart, 28. Jan. Der württ. Landtag ist heute zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu den Beschwerden der württ. Beamtenchaft gegen das Reich Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Präsident Walter in einer warmherzigen Ansprache der Reichsgründung und brachte das Gelübnis der Treue gegen das Vaterland und Reich zum Ausdruck. Er erinnerte auch an die deutschen Brüder in Oberschlesien und übermittelte Oesterreich herzliche Grüße. Hierauf kamen die drei großen Anfragen sämtlicher Parteien zur Behandlung, die sich mit der Zuständigkeit der Oberpostdirektion Stuttgart, dem Verhältnis der württ. Verkehrsbeamten zum Reich und mit der endgültigen Regelung der Ortsklasseneinteilung befaßten. Die Abgg. Hartmann (D. V.) und Groß (Ztr.) begründeten eingehend die Beschwerden der württ. Beamtenchaft. Staatspräsident Dr. Hieber teilte mit, daß die württ. Regierung wegen der Nichtbeachtung der Oberpostdirek-

## Ämtliche Bekanntmachungen.

### Preise für Süßholz.

Gemäß Mitteilung der Reichszuckerstelle sind die Preise für Süßholz herabgesetzt worden. Die neuen Kleinhandelspreise sind folgende:

0,75 M für ein H-Briefchen und  
5,55 M für eine G-Packung.

Die Preise treten sofort in Kraft.  
Calw, 27. Januar 1921.

Oberamt: G 5.

### Erbschaft der Mauls und Klauenseuche.

In den Gemeinden Altdorf, Breitenstein, Dagersheim, Darnsheim, Dählingen, Döfingen, Holzgerlingen, Magstadt, Maichingen und Weil i. Sch. ist die Maul- und Klauenseuche erfolgt.

Wöblingen, 24. Januar 1921.

Oberamt: Rübiger.

### Bekanntmachung.

#### betr. Feldbereinigung in Ostelsheim.

Das von dem Gemeinderat Ostelsheim beantragte Unternehmen einer Feldbereinigung II in den Gewanden: Im oberen Tal, Vögelesäcker Linnenäcker, Hengstetter Pfad, Stammheimer Weg, Melmen, Schneller und Maßholderal der Martung Ostelsheim ist mit Erlaß der Zentralstelle für die Landwirtschafts-Abteilung für Feldbereinigung — vom 18. Jan. 1921 Nr. 260 zur Abstimmung zugelassen worden, nachdem bei der vorläufigen Prüfung das Unternehmen als nützlich zweckmäßig und ausführbar erkannt worden ist. Es wird nunmehr gemäß Art. 9 des Feldber.-Ges. vom 30. März 1886 zur Abstimmung über den Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission Tagfahrt auf Samstag, den 5. März 1921, vorm. 9 Uhr im Rathaus in Ostelsheim

anberaumt. Hierzu werden die beteiligten Grundstückeigentümer mit dem Anfügen eingeladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmung weder in Person noch durch einen jeine Vertretungsbefugnis rechtsgültig nachweisenden Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme der Wahl der Mitglieder der Vollzugskommission ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen diese gezielte Folge des Ausbleibens nicht stattfindet. Etwaige nicht bereits angemeldete Ansprüche auf Freilassung von dem Unternehmen oder auf Anteilnahme an demselben, welche aus den Art. 4 und 5 a. a. O. abgeleitet werden, sind innerhalb der Ausschlussfrist von 2 Wochen beim Schultzeisnamt oder Oberamt geltend zu machen. Die Zweöchentliche Ausschlussfrist beginnt am 5. Februar und endet am 19. Februar 1921.

Stimmberechtigt bei der Tagfahrt sind diejenigen Personen, deren Grundstücke nach dem Bescheid der Zentralstelle und dem vorläufigen Erkenntnis des Oberamts in den Kreis des geplanten Unternehmens fallen.

An der Verhandlung können auch nichtbeteiligte Grundstückeigentümer, deren Verhältnisse durch die Feldbereinigung voraussichtlich geändert werden, zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen Anteil nehmen, jedoch ohne Stimmrecht.

Wird bei der Abstimmungstagfahrt die Ausführung des Unternehmens beschlossen, so sind von den Beteiligten sofort 3 Landwirte und 2 Erntemänner zu wählen, welche die beteiligten Grundeigentümer in dem Verfahren vertreten. Kommt die Wahl nicht zustande, so werden die 3 Landwirte auf Antrag des Oberamts nach Anhörung des Gemeinderats von der Zentralstelle berufen.

Die über das geplante Unternehmen erwachsenen Akten einschließlich des Bescheids der Zentralstelle liegen vom 5. Februar bis 5. März 1921 auf dem Rathaus in Ostelsheim zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Calw, 27. Januar 1921.

Oberamt: G 5.

tion Stuttgart durch das Reichspostministerium schon vor Eingang der Anfrage Einspruch erhoben habe und daß Verhandlungen schweben. Finanzminister Biehsing erklärte bezüglich der Ortsklasseneinteilung und der Verlegung von Stuttgart aus Ortsklasse A in Ortsklasse B seitens der württ. Behörden mit allem Nachdruck Vorstellungen erhoben wurden, daß den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Im übrigen handle es sich bis jetzt um eine rein vorläufige Entscheidung. Die Regierung werde ihre Anstrengungen in Richtung der Anfrage fortsetzen. Ueber die Schwierigkeiten bei den in den Landesdienst zurückgetretenen Verkehrsbeamten wurde vom Regierungsrat erklärt, daß Württemberg nach dem Vorbild Bayerns die Stellenbesetzungen von Landes wegen vorziehen werde. Heute sei auch das Einverständnis des Reichsverkehrsministeriums hierzu eingegangen. In der Besprechung der drei Anfragen, die Abgg. Köhner (D. v. P.), Pfleger (Soz.), Dr. Fürst (D. P.) die Wünsche der Beamten mit Nachdruck und auch Mader (Komm.) und Ziegler (U.S.P.) stimmten im allgemeinen zu. Schließlich wurden einstimmig zwei Anträge angenommen, die die Erklärung des württ. Staatsministeriums in Sachen der Wahrung der Beamtenrechte billigen und ihr Einverständnis damit ausdrücken, daß die Verlegung der Verkehrsbeamtenstellen durch die württ. Regierung bzw. die beiden Generaldirektionen in Stuttgart erfolgen. — Schluß der Sitzung 18 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 2. Februar, nachm. 4 Uhr: Kleine und Große Anfragen, Eingaben usw.

## Vom Rathaus.

### Voranschlag des städtischen Haushalts für das Jahr 1920-21.

\* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt, in welcher der Voranschlag des Gemeindehaushalts für das Jahr 1920/21 zur Beratung stand. Der Vorsitzende leitete die Verhandlungen, an denen auch Stadtpfleger

Frey und Stadtbauamtmester Herbolzheimer teilnahmen, mit allgemeinen Betrachtungen ein über den Einfluß der Teuerung und der neuen Finanzverhältnisse auf die Gestaltung des Voranschlags. Nach dem Rechnungsergebnis für 1919 hat das Geldvermögen um 194 000 M abgenommen, wobei allerdings 36 000 M für das Zahnische Haus eingerechnet sind, sowie auch ein Anteil auf die Kosten der Panoramastraße und der Gewerbeschule. Das Restvermögen ist von 146 000 M auf 14 600 M am 31. März 1920 zusammengeschrumpft infolge der großen Ausgaben für die Gewerbeschule und die Panoramastraße. Man habe überhaupt nicht geglaubt, daß bei den übermäßig gesteigerten Ansprüchen noch ein Restvermögen vorhanden sei. Die Höhe der Gemeindeumlage sei in den veränderten Finanzverhältnissen begründet. 1916 habe sie noch zwei Drittel des gesamten Abmangels gedeckt, das Einkommen dagegen ein Drittel, 1918 haben sich die beiden Einkommensquellen der Stadt annähernd die Waage gehalten, indem 63 000 M Restvermögen zur Deckung der Abmangels gedeckt, das Einkommen der Stadt Gemeindefinanzsteuer erhoben worden sei und 64 000 M Restvermögen, 1919 sei eine wesentliche Verschiebung dahin eingetreten, daß die Einkommensteuer 141 000 M einbrachte, die Katasterumlage 77 000 M. Wenn man bedenke, daß die Kataster seit 1911 fast unverändert haben, während die Einkommensteuer dauernd gewachsen sei, und weiter, daß gerade die Einkommensteuer (insolge der Übernahme durch das Reich) eine gewisse Erleichterung erfahren habe, so werde man den folgenreichen Einfluß auf die städtischen Finanzen begreifen. Bei Gemeinden mit großem Waldbesitz trete die durch hervorgerufene Verschlechterung ihrer Finanzlage nicht so sehr in Erscheinung, auch nicht bei solchen mit großen Industrien, aber kleinere Städteverwaltungen würden durch die neue Steuererhebung schwer betroffen. Die zugewiesenen Steuereinnahmen seien zum Teil ganz minimal. Die Verbrauchsabgabe für Bier beispielsweise, die bisher 9000 M eingebracht habe, bringe jetzt 1000 M, von denen 800 M für Verwaltungsgeschäfte zu berechnen seien. Die Zuwachssteuer sei mit 5000 M (aber wahrscheinlich zu hoch) eingestellt. Die Grunderwerbsteuer mit 18 000 M, die vom steuerfreien Mindesteinkommen anzusetzende Steuer werde vielleicht 13 000 M eintragen. Der ganze Voranschlag sei so knapp als nur möglich, und es sei nicht damit zu rechnen, daß künftig noch ein größeres Restvermögen angeammelt werden könne. Auch der aus dem staatl. Ausgleichsstock vorgehene Zuschuß von 35 000 M sei sehr problematisch, da die Verteilungsgrundlage noch nicht da sei. Wesentlich höhere Ausgaben sind nicht zu erwarten. Die Ergebnisse sind hier so ziemlich alle schon vorhanden, denn das Rechnungsjahr schließt ja am 1. April 1921 ab.

Stadtpfleger Frey trug nun die einzelnen Positionen des Haushalts vor. In der Stiftungsverwaltung sind Einnahmen von 8116 M vorgezogen, denen Ausgaben von 8096 M gegenüber stehen. Das verfügbare Restvermögen beträgt 4605 M. Bei der städt. Reihklasse sind an Einnahmen 906 M vorgezogen, an Ausgaben 733 M. Ausgeschlossen sind 12 500 M, 5100 M liegen noch auf der Sperrliste und stehen zur Verfügung der Reih. Bei der Armenpflege stehen 24 467 M Einnahmen, 53 800 M Ausgaben gegenüber, so daß ein Abmangel von 29 343 M vorhanden ist. Davon sollen 25 000 M aus der Reihklasse, der Rest aus den verfügbaren Mitteln, die noch in Höhe von 11 100 M vorhanden sind, gedeckt werden. Allein die Verpflegungsgelder für 13 Geisteskranken erfordern 22 000 M. Die Gesamteinnahmen des Gaswerks werden auf 613 604 M veranschlagt, die Gesamtausgaben auf 613 306 M, so daß ein Ueberschuß von nur 298 M herauskommt. An Einnahmen im einzelnen werden gerechnet 340 000 M für 300 000 cbm Holz und Leuchtgas für den Verbrauch in Calw zu 1,25 M, sowie 25 000 cbm zu 1,30 M für den Verbrauch in Hirzau, weiter für 8000 Ztr. Koks 128 000 M, für 55 000 kg Teer 88 000 M, für sonstige Nebenerzeugnisse 9000 M. Von den einzelnen Ausgaben sind zu erwähnen 432 000 M für 24 000 Ztr. Steinkohlen, für Gefährter und Löhne 90 000 M, für Beschaffung von Betriebsmaterial 20 000 M. An die Stadtkasse kann dieses Jahr nichts abgeführt werden. Die Bilanz vom 31. März 1919 hat noch einen Gewinn von 2050 M ergeben. Die Inflationsgeschäfte sollen künftig möglichst den privaten Installateuren überlassen werden. Beim Wasserwerk betragen die Einnahmen 41 530 M, die Ausgaben 41 502 M. Die Ausgaben sind dadurch ungünstig beeinflusst, daß der Aufwand für die elektrische Pumpanlage im Elektrizitätswerk 20 300 M erfordert. Auf den Hinweis des Herrn Stadtpflegers, daß eben immer wieder betont werden müsse, daß in bezug auf den Wasserverbrauch nicht gespart werde, bemerkte GR. Dr. Autenrieth, die Wasserhähne seien nicht dicht, und dauernd reparaturbedürftig, weil das sandhaltige Wasser die Hähnenleder angreife. Verfügbare Restmittel für das Wasserwerk sind 21 702 M vorhanden; 10 000 M davon sollen dem Grundstock für größere Anschaffungen überwiesen werden. Die Gesamteinnahmen beim Elektrizitätswerk belaufen sich auf 547 740 M, die Gesamtausgaben auf 543 716 M, so daß ein Ueberschuß von 4024 M entsteht. An Einnahmen für Stromverbrauch sind berechnet von Privaten 205 000 M, von der Stadtpflege 2600 M, vom Wasserwerk 20 300 M, vom Gaswerk 6000 M, von den Dedensfabriken 35 000 M, von Christian Ludwig Wagner 20 000 M. Zu den Ausgaben laufen für den Stromverbrauch vom Gemeindeverband Leinach 70 000 M und außerdem noch 19 000 M für Christian Ludwig Wagner. Daß die Kosten für das Betriebsmaterial furchtbar hoch sind, erweist man aus einer Einstellung von 180 000 M für diese Zwecke, wobei allerdings auch die bedeutende Zunahme von Anschaffungen berücksichtigt werden muß. 35 000 M wurden für neue Zähler berechnet. Die verfügbaren Restmittel in Höhe von 63 781 M werden zur Deckung der Abschreibungen zurückgestellt. Die auf dem Werk ruhenden Schulden betragen noch 132 000 M. Die Einnahmen für die Volks- und Mittelschule sind auf 179 845 M berechnet, worin 175 000 M staatl. Zuschuß für die Lehrergehälter einbezogen sind. Die Ausgaben betragen 232 371 M, so daß also ein Abmangel von 52 523 M besteht. Beim Reih-

progymnasium und bei auf 194 157 M veranschlagt, 170 000 M für die Lehrgehälter der Amtsförperschaft im Gesamtbetrag von 245 646 M. Abmangel beläuft sich auf 156 558 M, worunter befragen die Einnahmen mit 19 861 M, den und die Schulgelder mit auf 39 803 M, worunter mangel beläuft sich auf Frauenarbeitschule betragen. Erinnerungsgehälter, 5000 auf 42 500 M berechnet.

Aus dem Hauptvoranschlag zu vermerken: Aus dem Ueberschuß für die Arbeiter befragen. Im Hinblick auf Wald vor, das Schotterwerk in Malmshelm von nung des städtischen Kassenverhältnisses, wie die Beauftragte gezeigt habe. Der wer haltbarer sei. Auffassung zu, besonders teuer sei, bemerkte jeder des Schotterwerks Hauptkostenarbeiter aufgenpachtung sei nicht von d nicht zu verwirklichen, da brauche. Für Holzlös gestellt, denen Ausgaben übersehen, darunter 98 000 kosten. Als Anteil an 267 000 M berechnet. 19 Beitrag von 156 558 M, Hundsteuer ist auf 5600 wurden 105 Hunde besteuert wieder ein Zugang von gnügnungssteuer soll 8000 Steuern 324 700 M aufzunehmen aus dem G (Erlös) auf 889 780 M bei Baueule, eine Fremden, soll Folge gegeben Terwerk betragen 14 000 f ügende mittelste, ist als zu rechnen.

Von den Ausgaben beiztenswert: Für die forderte, 10 000 M. Das trägt 25 000 M, die Log für die Fuhrunternehmer Schneebansen, Beiführ u Instandhaltung und Er unter die Dohle bei Schl bewachung wurden 30 000 mitteilte, sind in diesem trage von 800 000 M auf Gewerbeschule 254 000 M für das Baumagazin geg Erwerb des Anwesens de 89 000 M und für den Dr 80 000 M, für den Erw Einrichtung der landwirts Baufloßen für letztere 27 494 410 M in den Haus an Ausgaben sind 47 000 für das Kriegerdenkmal, tend nur 15 000 M vorhan für „Kriegerdenk und -E von der gewaltigen Zunah ein Ueberschuß über die Im Jahre 1908 betrug Mark, 1915 1 775 1000 M, 1918 3 692 000 M, 1919 war der Umsatz schon auf

## Oberamtspostamt Gemeinnützig

Mit Genehmigung des

## Eintlagefristbetriebe

wie folgt

1. für Private

2. für öffentl. Körper

Spar-, Giro- u

Hypotheken-, P

Darlehen. — G

Verwaltung, Verwahrn

An- und Verkauf

Aderverkauf

Feil. Sie Gratisbroch. über S

waren Dr. Gebhard & Cie.,

ei mer teilnahm...  
Einfluß der Teuerung  
Gestaltung des Vor  
für 1919 hat das  
en, wobei allerdings  
hnet sind, sowie auch  
aufträge und der Ge  
46 000 M auf 14 600  
hmolzen infolge der  
und die Panoramaf  
st, daß bei den über  
ein Restvermögen  
eumlage sei in den  
1916 habe sie noch  
ed, das Einkommen  
beiden Einkommens  
schaften, indem 63 000  
orden sei und 64 000  
entliche Verschiebung  
uer 141 000 M ein  
Wenn man bedenke,  
der haben, während  
sei, und weiter, daß  
Ueberrahme durch  
habe, so werde man  
tischen Finanzen be  
blühend trete die da  
er Finanzlage nicht  
cher mit großen Zu  
en würden durch die  
Die zugewiesenen  
mal. Die Verbrauchs  
sher 9000 M ein  
nen 800 M für Ver  
Zuwachssteuer sei  
sch) eingestell. Die  
steuerfreien Mindest  
steht 13 000 M ein  
app als nur möglich  
tig noch ein größeres  
Auch der aus dem  
von 35 000 M sei sehr  
de noch nicht da sei  
erwarten. Die Er  
vorhanden, denn das  
1 ab.  
nellen Positionen des  
sind Einnahmen von  
8096 M gegenüber  
trägt 4605 M. Bei  
06 M vorgezogen, an  
M, 5100 M liegen  
Verfügung der Kasse  
Einnahmen, 53 800 M  
von 29 343 M vor  
Stadtkasse, der Rest  
in Höhe von 11 100 M  
n die Verpflegungs  
000 M die Gesam  
3 604 M veranschlagt,  
h ein Ueberfluß von  
in einzelnen wer  
Kuz- und Leuchtgas  
25 000 cbm zu 1,30 M  
000 Jir. Kols 128 000  
sonstige Nebenerzeug  
den sind zu erwähnen  
er Gehälter und Löhne  
smaterial 20 000 M  
ts abgeführt werden  
s einen Gewinn von  
te sollen künftig mög  
lassen werden. Beim  
630 M, die Ausgaben  
ungünstig beeinflusst,  
spanlage im Elektrizi  
Hinweis des Herrn  
betont werden mußte,  
nicht gepart werde  
Wasserbahnen seien  
efftig, weil das Land  
ge. Verfügbare Reser  
vorhanden; 10 000 M  
e Anschaffungen über  
beim Elektrizitätswes  
gaben auf 543 716 M  
teht. An Einnahmen  
traten 205 000 M, von  
20 300 M, vom Gas  
000 M, von Christma  
gaben laufen für den  
einmal 70 000 M und  
Ludwig Wagner. Das  
htbar hat sind, erreicht  
M für diese Zwecke, wo  
nahme von Anschaffun  
urden für neue Zähler  
n Höhe von 63 781 M  
zurückgestellt. Die auf  
noch 132 000 M. Die  
ule sind auf 179 948 M  
Zuschuß für die Lehrer  
n betragen 232 371 M  
M besteht. Beim Rest

progymnasium und der Realschule sind die Gesamteinnahmen auf 194 157 M veranschlagt, darunter der Staatszuschuß von 170 000 M für die Lehrergehälter, der Beitrag von 5000 M seitens der Amtsförperschaft, die Schulgelber von 303 Schülern im Gesamtbetrag von 18 165 M. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 245 646 M. Der von der Stadtkasse zu deckende Abmangel beläuft sich also auf 51 493 M. Bei der Gewerbesteuer betragen die Einnahmen 23 371 M, darunter der Staatsbeitrag mit 19 861 M, der Amtsförperschaftsbeitrag mit 2000 M und die Schulgelber mit 1400 M; die Ausgaben belaufen sich auf 39 803 M, wovon 37 353 M für Besoldungen. Der Abmangel beläuft sich auf 16 432 M. Die Einnahmen bei der Frauenarbeitschule betragen 37 795 M und zwar 31 260 M für Lehrerinnengehälter, 5000 M für Schulgeld; die Ausgaben sind auf 42 500 M berechnet, darunter 38 940 M für Besoldungen.

Aus dem Hauptvoranschlag sind folgende Einzeleinnahmen zu vermerken: Aus dem Steinbruch 76 000 M, denen 85 000 M Löhne für die Arbeiter des städtischen Schotterwerks gegenüberstehen. Im Hinblick auf dieses Ergebnis schlug G. Sannow a l b vor, das Schotterwerk zu verpachten, denn das Schotterwerk in Malmsheim werde bald wieder eröffnet, und die Benutzung des städtischen Kalkschotter für unsere Straßen sei nicht vorzuziehen, wie die Bewalzung der Bahnhof- und Bischofstraße gezeigt habe. Der Vorschlag sei immer besser und billiger, weil er haltbarer sei. Der Vorsitzende stimmte der letzteren Auffassung zu, besonders auch, da Porphyr heute nur noch 20% teurer sei, bemerkte jedoch, daß man seinerzeit den Betrieb des Schotterwerks hauptsächlich auch zwecks Beschäftigung der Notstandsarbeiter aufgenommen habe. Der Gedanke der Verpachtung sei nicht von der Hand zu weisen, sei aber zur Zeit nicht zu verwirklichen, da die Stadt selbst noch zuviel Schotter brauche. Für Holzzerlös wird ein Betrag von 738 000 M eingeleitet, denen Ausgaben von 174 517 M für den Wald gegenüberstehen, darunter 98 000 M für Holzhauerlöhne und Kulturkosten. Als Anteil an der Reichseinkommensteuer werden 261 000 M berechnet. 1919 brachte die Einkommensteuer einen Ertrag von 156 558 M, die Kapitalsteuer von 11 655 M. Die Hundsteuer ist auf 5600 M veranschlagt; am 1. April 1920 wurden 105 Hunde besteuert, im laufenden Jahr ist aber schon wieder ein Zugang von 74 Hunden zu verzeichnen. Die Vergnügungssteuer soll 8000 M einbringen. Insgesamt sollen an Steuern 324 700 M aufgebracht werden, während die Gesamteinnahmen aus dem Gemeindevermögen (einschließlich Holzzerlös) auf 869 780 M berechnet sind. Der Antrag von H. Bauechle, eine Fremdensteuer (Kurgäste, Reisende) einzuführen, soll Folge gegeben werden. Die Einnahmen aus dem Tiererwerb betragen 14 000 M, die Ausgaben 19 000 M. Wie der Vorsitzende mitteilte, ist mit einer späteren Rentabilität des Tiererwerbs zu rechnen.

Von den Ausgaben des Hauptvoranschlags sind folgende zu vermerken: Für die Badeanstalt, die einen Neuaufbau erfordert, 10 000 M. Das Defizit an der Rechtsabfuhr beträgt 25 000 M, die Löhne der städtischen Arbeiter einschließlich der Notstandsarbeiter betragen 250 000 M, die Ausgaben für die Fuhrunternehmer 40 000 M, die Straßenmaterialkosten, Schneebahnen, Befuhr und Steinerzkleinerung 58 000 M, die Instandhaltung und Erneuerung der Dohlen 38 000 M, darunter die Dohle bei Schlatterer mit 18 000 M; für die Straßenbewalzung wurden 30 000 M berechnet. Wie der Vorsitzende mitteilte, sind in diesem Rechnungsjahr feste Anleihen im Betrag von 866 000 M aufgenommen worden, und zwar für die Gewerbesteuer 254 000 M, für die Panoramafstraße 196 000 M, für das Baumagazin gegenüber der „Linde“ 55 000 M, für den Erwerb des Anwesens des verstorbenen Medizinalrats Müller 89 000 M und für den dort gemachten Einbau von Wohnungen 80 000 M, für den Erwerb des dreifachen Anwesens zwecks Einrichtung der landwirtschaftlichen Winterschule 88 000 M, und Baukosten für letztere 27 000 M. Für Straßen und Wege sind 494 410 M in den Haushaltsplan eingestellt. Unter Sonstiges an Ausgaben sind 47 000 M berechnet, darunter auch 7000 M für das Kriegerdenkmal, dessen Kosten 27 100 M betragen, während nur 15 000 M vorhanden waren. 5000 M sollen dem Fonds für „Kriegerdenkmal und -Ergrung“ entnommen werden. Ein Bild von der gewaltigen Zunahme der Geschäfte der Stadtpflege gab ein Ueberblick über die Entwicklung der Höhe des Umsatzes. Im Jahre 1908 betrug der Umsatz bei der Stadtpflege 400 000 Mark, 1915 1 775 1000 M, 1916 2 235 000 M, 1917 2 545 000 M, 1918 3 692 000 M, 1919 7 237 000 M und bis Dezember 1920 war der Umsatz schon auf 10 640 000 M gestiegen.

Wie schon gestern kurz mitgeteilt wurde, belaufen sich also die Gesamteinnahmen auf 1 801 544 M, die Gesamtausgaben auf 2 155 506 M, so daß ein Abmangel von 353 962 M vorhanden ist, für dessen Deckung, wie schon gesagt, eine Umlage von 35% (318 000 M) auf Grund, Gebäude und Gewerbe vorgesehen ist, außerdem die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Wertzuwachssteuer um 100% (Ertrag höchstens 5000 M), weiter die Erhöhung des Anteils an der Reichseinkommensteuer durch Erhebung eines 10%igen Zuschlags vom steuerfreien Mindesteinkommen und schließlich durch den staatlichen Beitrag aus dem Ausgleichsgrundstock in Höhe von 35 000 M, um dessen Gewährung nachgefragt werden soll. Der vorgeschlagene Deckungsplan wurde genehmigt, ebenso die weiteren Anträge des Vorsitzenden, die angefallene Summe von 29 000 M für die Pflasterung der Lederstraße, sowie die vorhandenen 16 000 M zur Verbesserung des Balkmühlwegs, also insgesamt 45 000 M lediglich zur Ausführung der notwendigen Pflasterarbeiten für die Lederstraße zu benützen, ab 1. April eine Fremdenwohnsteuer einzuführen, die Stadtpflege zu beauftragen, die Vorarbeiten zur Neuregelung der Latrinen- und Rehrichthausgebühren einzuleiten und auch einen Schuldenentlastungsplan vorzulegen. Von der Aenderung des Gewerbesteuerplans soll aus verschiedenen, schon früher bezeichneten Gründen vorerst Abstand genommen werden. Zum Schluß sprach der Vorsitzende noch dem Herrn Stadtpfleger den Dank des Kollegiums aus, für die in sehr kurzer Zeit mit Eifer und Treue durchgeführte umfangreiche Arbeit.

### Aus Stadt und Land. Calw, den 29. Januar 1921.

#### Auszeichnung.

Nachstehenden 15 Mitgliedern der hiesigen freiwilligen Sanitätskolonne wurde vom Territorialbelegierten der freiwilligen Krankenpflege für Württemberg für 1919/20 vorwurfsfreie Dienstleistung die Auszeichnungsborte verliehen: Kolonnenführer Pfizenmayer, stellvert. Kolonnenführer Mann Stammheim; Gruppenführer Kirchner, Karl; Kirchner, Martin; Bayer, Günther; Junginger, Kümmerle; Moros, Fr.; Obermatt, Cyp; Katschelder; Weimer; Weidmann; Zwinger.

#### Schwäbische Volksbühne.

Für die bereits angekündigten Gastspiele der Schwäb. Volksbühne beginnt heute der Vorverkauf in der Buchhandlung Kirchner. Zu den Aufführungen von „Iphigenie auf Tauris“ und „Don Carlos“ bringen die Blätter der Schwäb. Volksbühne wieder eine Sonderausgabe. Das Iphigenie-Fest enthält u. a. Aufsätze von Prof. Dr. Hermann Binder und Dr. Runo Fischer. Das Carlos-Fest bringt Beiträge von Dr. Rud. Krauß, Direktor Ernst Martin und Dr. Manfred Schneider. Den Blättern ist jeweils ein Verzeichnis der Mitspielenden beigegeben. Die einschl. Programm sind zum Preise von 50 Pfg. im Vorverkauf und an der Abendkasse zu haben.

#### Fachkurs für Friseurmeister.

Vom 23.-27. Januar wurde hier vom Landesgewerbeamt ein Fachkurs für Friseurmeister in Anwesenheit von Herrn Professor Zwiessle-Stuttgart abgehalten. Es beteiligten sich 12 Friseurmeister. Fachlehrer waren Obermeister Reck-Tübingen und Uhl-Cannstatt.

#### Die Abstimmungsformalitäten für Oberschlesien.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste für die Abstimmung in Oberschlesien läuft am 3. Februar 1921, abends 6 Uhr, ab. Die Aufstellung der Stimmlisten liegt den in jeder ober-schlesischen Gemeinde gebildeten paritätischen Gemeindeausschüssen ob. Alle bei diesen Ausschüssen verspätet eingehenden Anträge werden unweigerlich zurückgewiesen. Abstimmungs-berechtigte, die die Frist veräumen, gehen daher ihres Stimmrechts verlustig. Jeder Stimmberechtigte, der noch keinen Antrag gestellt hat, teile unverzüglich seinen Namen und seine Adresse, sowie Geburtsort und Geburtstag der Geschäftsstelle der verunglückten Verbände heimattreuer Oberschlesier in Stuttgart, Neuer Bahnhof, Eingang IV A, telegraphisch mit und lasse gleichzeitig ein Lichtbild, von dem mehrere Abzüge erforderlich sind, von sich aufnehmen. Sämtliche entstehenden Kosten werden ihm durch die genannte Geschäftsstelle ersetzt, von der ihm unverzüglich auch die erforderlichen Formulare und die weiter nötigen Anweisungen zugehen werden. Die Besorgung vor einer Reise nach Oberschlesien wegen der nach Zeitungsnotizen gegenwärtig in einem Teil Oberschlesiens herrschenden Zustände darf niemand abhalten, seine Eintragung in die Abstimmungsliste herbeizuführen. Die Eintragung verpflichtet selbstverständlich

keineswegs zur Reise nach Oberschlesien. Ein Abstimmungs-berechtigter aber, der die Eintragung veräumt, kann später unter keinen Umständen zur Abstimmung reisen, auch wenn dann überall in Oberschlesien vollkommene Ruhe und Sicherheit herrschen. Es kann übrigens zuverlässig erhofft werden, daß bis zur Zeit der Abstimmung in ganz Oberschlesien wieder normale Zustände hergestellt sein werden, da der Interaktierte Ausschuß sich seiner Aufgabe, während der Abstimmung für Ruhe und Sicherheit im Lande zu sorgen, nicht wird verschließen können.

#### Lehr- und Lernmethoden.

Wer an die Allmacht der Erziehung oder gar einer Lernmethode glaubt, gibt sich einem Wahne hin. Wer aber ohne bestimmte Methode, auf Geratewohl, arbeitet, einerlei, ob an Menschen oder an Dingen, darf sich nicht wundern, wenn er nirgends zu einem befriedigenden Ergebnis kommt. Alles hat seine Zeit und auch — seine Methode!

Vor der Lehr- und Erziehungskunst wissenschaftlich begründet wurde, im Mittelalter, wo das heute so hochentwickelte Schulwesen überhaupt erst im Entstehen begriffen war, wurde von Berufenen und Unberufenen einer fast ganz mechanischen Lehrmethode gehuldigt. Die Kunst solcher Stegreifpädagogen erschröckte sich meist im Vorlesen und Nachsprechenlassen des Lernstoffes. Er wurde noch abgefragt, womit die Bildungsarbeit dieser sog. Wortmethode ihren Abschluß fand. Sie war zweifellos reformbedürftig und wurde abgelöst — leider aber nicht völlig verdrängt — von der sogenannten Anschauungsmethode. Ihr geistiger Begründer ist der Schweizer Pestalozzi, der der Schule seiner und unserer Zeit, ja noch auf lange hinaus die pädagogischen Gesetze schrieb. Er prägte den Satz: „Anschauung ist das Fundament aller Erkenntnis.“ Es gibt aber eine äußere und eine innere Anschauung: die physische Leistung des Auges und das innere Dabeisein der Seele. Wo man unter Anschauung nur ein Hinschauen an einen Gegenstand oder ein Bild versteht, macht man sich einer Veräußerlichung des Begriffs schuldig. In diesem Fall ist die Anschauungsmethode kein Fortschritt gegenüber der Wortmethode. Wirft man dieser eine Ueberhöhung der Macht des gesprochenen Wortes und des Wertes eines gedächtnismäßig eingelernten Stoffes vor, den sie schon für geistige Kraft hält, so muß jene sich den Vorwurf der Oberflächlichkeit gefallen lassen. Denn mit dem Ansehen eines Gegenstandes ist man noch nicht in sein Wesen eingedrungen. Das innere, geistige Auge soll sehen, besser: „schauen“. Dies innere Auge zu öffnen hat sich die Arbeitsmethode als Ziel gesetzt. Sie will den Gegenstand des Lernens ganz durch den Schüler erfassen lassen, damit der Gegenstand auch den Schüler wieder ganz erfasse, nicht bloß sein Gedächtnis oder sonst eine einzelne Seelenkraft. Sie hat folgende grundsätzliche Ansicht von der Aneignung des Bildungsgutes: Ein Bildungsgut ist nur dann angeeignet, wenn es die ihm innewohnende geistige Energie, durch die es geschaffen wurde, zum Teil oder ganz an den Lernenden abgegeben hat. Dieser kann aber den im jeweiligen Kulturgut liegenden Geistesinhalt nur haben durch ein selbsttätiges Eindringen in das Wesen des Stoffes auf dem Weg der selbsttätigen Erarbeitung. Auf die Schule übertragen: Es genügt nicht, daß dem Schüler der Lehrstoff durch einseitige Leistung des Lehrers möglichst mundgerecht gemacht wird. Der Schüler selbst muß in den Stoff eindringen, sich intensiv mit ihm beschäftigen und ihn innerlich zu „erleben“. Erst dieser innere geistige Umgang mit der Sache wirkt bildend, nicht aber schon das Benennen oder Besehen. Damit ist auch jene mechanische Auffassung von Arbeitsmethode gerichtet, welche unter „Arbeit“ nur Handbetätigung verstanden wissen will. Das Arbeitsprinzip hat in erster Linie geistigen Charakter. Wenn trotzdem Handbetätigung verlangt wird, so geschieht dies in Absicht auf die Willens- und Verstandesbildung des Jüglings. Auch soll die selbständige manuelle Betätigung zu selbständiger geistiger Arbeit anregen. Der Münchener Schulorganisator, Kerstensteiner, sagt: „Die selbständige geistige Arbeit ist viel mehr ein Kennzeichen der Arbeitsschule, als die selbständige manuelle Arbeit. Solange die Arbeitsschule auf dieser Linie geht, bleibt sie in der von unsern großen Erziehern gewiesenen Richtung einer wahren Pädagogik.“

Calw. B.  
**Reklameteil.**  
**Sommerproffen — weg!**  
Lebensgefährten teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommerproffen gänzlich beseitigte.  
Frau Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. 289. Schließfach 47.

### Oberamtsparkasse Calw.

Gemeinnützig und mündelsicher.

Mit Genehmigung des Bezirksrats wurde der

### Einlagefristbetrag auf Sparbuch

wie folgt festgesetzt:

1. für Private auf 30 000 Mk.
2. für öffentl. Körperschaften auf 60 000 Mk.

Spar-, Giro- und Scheckverkehr.  
Hypotheken-, Renten-, Lombard-  
Darlehen. — Güterzielverkauf.

Verwaltung, Verwahrung } von Wertpapieren.  
An- und Verkauf }

### Aderverkalkung

Herzbeschwerden  
Schwindsucht  
Siehe Gratisbrosch. über San. Rat Dr. Weisse's giftig. Hau-  
luren Dr. Gebhard & Cie., Berlin W35, Potsdamerstr. 104a

### Stammheim.

Am 27. Januar fand in Stammheim im Gasthaus zum Hirsche eine

### Veranmlung

d. Zimmerleute statt.

Laut Beschluss derselben, wurde der

### Stundenlohn ab 1. Febr. auf Mk. 4.50 festgesetzt

Sämtl. Zimmerleute von Stammheim.

Ein 13 Monate altes

### Zucht-Kind

steht dem Verkauf aus.  
David Keppler,  
Würzburg.

### Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig Hausgerät zu verkaufen!

### Dachs-Hunde

6 Wochen alte verkauft.  
Christian Stoll,  
Oberkollwangen.

### Laufmädchen

für tägliche Hausarbeit gesucht.

Bischoffstraße 453 II L.

Ein Paar bereits neue

### Schnürstiefel,

Größe 42, sowie ein Paar guterhaltene

### Robestiefel,

Größe 42, hat im Auftrag zu verkaufen.

Fischer, Schuhgeschäft,  
Stuttgarterstraße.

Ein Quantum guten

### Most

hat zu verkaufen.  
Lammwirt Braun,  
Altburg.

Calwer Hof, den 28. Januar 1921.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die wir bei dem Hingange unseres lieben Kindes

### Berta

in so reichem Maße erfahren durften, sowie für die vielen Blumenpenden, die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sagen wir innigen Dank.

Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Predigers am Grabe und für den erhabenden Gesang.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Kling.**

### 3 gebrauchte, guterh. Doppel-Rochöfen,

1 Ovalofen mit eisernem Vorherd, 1 Wasseralfinger Regulierofen, wie neu, billig zu verkaufen,  
Paul Böcker, Hafnermeister, Heimsheim.

**Günstige Kaufgelegenheit für Konfirmation!!!**

**Preis = Ermäßigung Damenkleiderstoffen**

auf schwarz, weiß und farbig.

**Ernst Schall, Modewaren, Konfektion und Aussteuer-Geschäft.**

**Konfirmanten-Hüte - Herren-Hüte - Mützen**  
**W. Schäberle, Hutmacher, Calw, neben dem Rathaus.**

Einen Posten  
 Wollhüte Mk. 30 bis 40.

in preiswerten, modernen  
 Formen, empfiehlt

Habe noch circa 8-10  
 Zentner gut eingebrachtes

**Heu  
 und Dehm**  
 zu verkaufen.  
 Fr. Greule, Oberkollbach

Gummi-Hosenträger,  
 beste Qualitäten

Durch Verkauf bleibt der  
**Gasthof z. Scharfen Eck**  
 vom 1. Februar ab geschlossen.

Unser  
**Inventur-Verkauf**

hat begonnen!

Wir bringen dabei größere Restbestände  
 zu wesentlich ermäßigten Preisen zum  
 Verkauf. Ferner bringen wir mit heutigem  
 Tage einige neue, sehr billige Preislagen  
 auf den Markt. Beispiele:

Damen-Stiefel  
**125.-**

Herren-Stiefel  
**145.-**

Kinder-  
 Stiefel

Damen-Halbschuhe  
**105.- 135.-**

billigst!

Damen-Stiefel  
**145.- 155.-**

Herren-Stiefel  
**165.- 175.-**

**Leonberger**  
 Schuhfabrik : E. Schmalzriedt

Niederlage in Calw:  
 Friedrich Schmalzberger  
 Untere Marktstrasse 84.



**Sterbekasse Calw.**

Am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
 findet im Gasthaus zum „Löwen“ die

**General-Versammlung**

statt. Tagesordnung:  
 Rechenschaftsbericht. — Kassenbericht. — Neuwahlen.  
 Der Ausschuss.

**Achtung Rechenmacher!**

Am Mittwoch, den 2. Februar (Licht-  
 messfeier) findet im

„Hirsch“ in Sonnenhardt eine  
**Versammlung**

statt, wozu sämtliche Rechenmacher eingeladen sind.  
 Mehrere Kollegen.

**Bezirks-Ziegenzucht-Verein  
 Calw.**

**Die Generalversammlung**

findet am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 1 Uhr  
 in der Restauration Nentscher, Untere Brücke, statt.  
 Tagesordnung: Rechenschafts- und Kassenbericht.  
 Wahl des Vorstandes und der Hälfte des Aus-  
 schusses. Verschiedenes.

**Im „Lamm“ in Speckhardt**  
 findet am nächsten Sonntag

**Hundebörse**

statt. Mehrere Hundebesitzer.

Einen schönen, etwa 8 Jhr.  
 schweren

**Zug-  
 Stier**  
 unter zwei  
 die Wahl, setzt dem Ver-  
 kauf aus  
 Michael Volle,  
 Biefelsberg.

**Salmbach.**  
 Ein starkes  
**Zucht-  
 Rind**  
 17 Wochen trächtig, u. einen  
 sprungfähigen, erstklassigen

**Sarren**  
 Rotfleck, 13 Monate alt ver-  
 kauft.  
 M. Schöniger, Wtw.

**Gültlingen.**  
 4 Stück noch junge  
**Lamm-  
 Schafe**  
 mit Lämmer  
 (hautrein) hat zu verkaufen.  
 Carl Bühler.

**30 Stammeter  
 Stockholz**  
 verkauft  
 Karl Schauble,  
 Stammheim, b. Bären.

**Althengstett.**  
 2 sehr schöne, zur Zucht  
 geeignete  
**Läufer-  
 schweine**  
 verkauft  
 Jakob Weiß, L. E.

Ihre Vermählung  
 geben bekannt:

**Otto Friedrich Häuse' er  
 Hedwig Häussler**  
 geb. Hiller

Calw, Januar 1921.

**Infanterie-Regiment  
 Alt-Württemberg Nr. 121**  
 Einladung

zur  
**Zusammenkunft der Kriegersteilnehmer  
 und früherer Angehörigen.**

am Sonntag, den 6. Februar 1921, in Ludwigsburg,  
 11 Uhr vormittags Sammluna im Schloßhof mit Ansprache  
 u. Gedächtnisfeier für die Gefallenen, anschließend Zusammen-  
 sein der Kompagnien in den dazu bestimmten Wirtschaften,  
 3 Uhr nachmittags Unterhaltung in den Sälen der Stab,  
 unter Mitwirkung der Infanteriekapelle u. der Gesangsvereine.  
 Sonderzüge auf den Bahnhöfen zu erfragen.

**1. Landsturm-Infanterie-Bataillon  
 Ludwigsburg XIV/8**

Alle Kameraden, die beabsichtigen an der am Sonntag,  
 den 8. April in Ludwigsburg stattfindenden Zusammen-  
 kunft teilzunehmen, werden gebeten, Adresse und Kompagnie  
 umgehend an H. Drehmann, Ludwigsburg, Hoferstraße 12,  
 mitzuteilen.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**

Morgen Sonntag mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr

**Sein Verderben**

1. ma in 5 Akten.

Als Beiprogramm: **Der blaue Fleck.**

**Versteigerung.**

Verkauft wird am Mittwoch, den 2. Februar:  
 1 eich. Waschkommode, mit Klappdeckel,  
 2 eichene Bettladen Koft und Matraße,  
 Bilder u. Fensterglas, Stühle, Kleider-  
 kasten, Tischle, Nähmaschine mit Fuß-  
 betrieb, Amerikanerstühle, Blumentisch,  
 Galerien u. Vorhangstangen, Schmetters-  
 lingskästen und sonstiger Hausrat.  
 Obere Marktstraße 23 III.

**Fahrnis-Versteigerung.**

Unterzeichnet verkauft am (Lichtmessfeier) Mitt-  
 woch, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr im Hause des  
 Gelehrthändlers Knoll in der Vorstadt, gegen Barzahlung:  
 verschied. Küchengerät, Toppfen und  
 Westen, Knaben- und Frauenhüte,  
 Schreinwerk: 2 Kästen, 1 Küchenbüfett,  
 1 Kommode, 1 Tisch, Bettstücke, Spie-  
 gel und Bilder, Lampen, 1 Gasherb,  
 sowie sonstiges.  
 Liebhaber sind eingeladen.

Stadlinventierer Koll.

**Jüng. Mädchen**

im Alter von 15-17 Jahren  
 für kleinen Haushalt gegen  
 hohen Lohn und gute Be-  
 handlung für sofort gesucht.  
 Frau F. Mazur,  
 Pforzheim, Leopoldstr. 7a  
 Laden.

Älteres, tüchtiges  
**Mädchen**

mit guten Zeugnissen, in  
 christl. Haus, für Calw ge-  
 sucht. Lohn 80-90 Mk.  
 und Nebenverdienst.  
 Näheres bei  
 Frau Metzgermeister  
 Schnauer, Badstraße.

**Ein Paar gute  
 Zugochsen**  
 einen Wurf

**Milchschweine**  
 verkauft  
 Karl Wolf, Landwirt, Weilderstadt, Telefon 24



**Das Ergebnis**

Das Ergebnis der Pa-  
 ausgefallen, wie wir es  
 einandersehungen zwischen  
 Presse, die wochenlang de-  
 gangen waren, hatten viel  
 weßt, als lämen halt ein-  
 schiedenheiten zwischen Er-  
 die sich evtl. zu einem K-  
 zuspitzen könnten. Wer d-  
 namentlich aber die der e-  
 vornherein, daß es sich hi-  
 hat, die zu bestimmten, f-  
 Zwecken durchgeführt wird.

Das Gesamtergebnis d-  
 ein Kompromiß zwischen  
 Auffassung dar. Was die  
 natürlich England minde-  
 reich, Deutschland bis zum  
 es hat daher auf diesem G-  
 raum gelassen. Die Jof-  
 großzügige Spionageorgan-  
 Aussenhandel; die Militär-  
 organisatorische Maßnah-  
 deutschen Aussenhandels k-  
 maßnahmen auf wirtschaft-  
 diesem oder jenem Lande  
 Wir leben, der Angelfäch-  
 denselben Prinzipien wie  
 die systematische Vernicht-  
 Während also Englan-  
 einig gegangen ist, hat es  
 sich auf die sonstige Be-  
 etwas Jügel anzulegen ge-  
 etwa die militärischen Be-  
 psychologisch klüger vorge-  
 Bestreben, durch scheinbar-  
 thien der Welt für sich zu  
 Gesamtergebnis wiederum  
 ein wehrloses Volk zu be-  
 sch auch nicht, ihre unerh-  
 eine völlige wirtschaftliche  
 deutschen Volkes bedeutet.

Diese Drohungen tragen  
 dererseite sind sie fraglos  
 der Entente in der Welt  
 daß das Ansehen der En-  
 und in Rußland aufs Ge-  
 die Türkei noch die Russ-  
 bedingungen und Vorschlä-  
 terhin bedenklich, daß das  
 gegen den scharf ausgepr-  
 König zurückzuführen, so be-  
 Inangriffnahme der „Reg-  
 Beweils dafür liefern wo-  
 Macht zur Erzwingung ih-  
 Es ist klar, daß Ame-  
 andere Fragen eingestell-  
 lung Deutschlands keinen  
 Licht von ein paar Scheinhe-

**Das finanzielle Erd-**  
 Paris, 29. Jan. Die E-  
 Nacht 12.20 Uhr zu Ende  
 lungstag gelangte der Ausf-  
 das, wie Hayas meldet, heu-  
 zens zu einem endgültigen f-  
 Reparationszahlung angenom-  
 in 42 Annuitäten ab 1. M-  
 beiden ersten Jahreszahlun-  
 den 3 Milliarden, die drei  
 5 Milliarden und die 31 I-  
 Deutschland während 42 J-  
 Ausfuhr zahlen. Diese Tay-  
 erhoben werden. Um Deut-  
 seiner Verpflichtungen zu ent-  
 gefleht Annuitäten gewäh-  
 beiden ersten Jahren, 6 Proz-  
 für den Rest der Zeit, wen-  
 schenen Zeitpunkt ausführt.